

Dr. Alfred Eisfeld

Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa

Vortrag anlässlich der Fachtagung

„Zwei Jahrzehnte Politik für Aussiedler und nationale Minderheiten“

am 3. September 2008 in Berlin



Weitere Einzelheiten, von denen es noch viele zu berichten gäbe, möchte ich hier weglassen und stattdessen noch ein paar Worte über die gegenwärtige Lage verlieren. Sie ist meiner Meinung nach dadurch gekennzeichnet, dass Russland dank der wirtschaftlichen Erholung und des Wegzugs einer beträchtlichen Anzahl von ehemals mit der Lage unzufriedenen Menschen, darunter auch Russlanddeutsche, praktisch keinem nennenswerten Auswanderungsdruck mehr ausgesetzt ist.

Im Gegenteil: Es wirbt um Einwanderer aus anderen GUS-Republiken und dem Ausland. Deshalb allein schon ist das Begehren nach Auswanderung kein Druckmittel mehr. Die im Lande verbliebenen Russlanddeutschen – es handelt sich zum großen Teil um Mischehen und ihre assimilierten Kinder – können mit einer kulturellen Betreuung, der Einbeziehung in Austauschprogramme und der Möglichkeit der Partizipation an wirtschaftlichen Beziehungen befriedigt werden.

Dies mag hart klingen, zumal, wenn ich das hier ausspreche. Doch wie anders können Resolutionen gedeutet werden, die während des Forums der deutschen Begegnungszentren Ende Oktober 2007 in Moskau verabschiedet wurden. Und fällt da noch ins Gewicht, dass auch noch vereinzelt Forderungen nach der vollen politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Rehabilitierung der Russlanddeutschen zu hören sind? Ich selbst bin davon überzeugt, dass es die geben muss. Und nicht nur als Akt der Wiedergutmachung des Unrechts, das den Russlanddeutschen zugefügt wurde, sondern als Beitrag zur Normalisierung der innerstaatlichen rechtstaatlichen Verhält-

nisse in Russland selbst. Russland als Staat muss daran ein weit größeres Interesse haben als die Russlanddeutschen.

Nun, diese Forderungen, wenn sie auch vorgebracht werden, stören das politische Geschäft in Russland schon lange nicht mehr, so mein Eindruck. Im Rahmen der bilateralen und multilateralen Beziehungen verdienen die Russlanddeutschen die Unterstützung sowohl Deutschlands als auch der gegenwärtigen Staaten Russland, Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan usw. Das Kriegsfolgenschicksal kann wohl nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. Als Wiedergutmachung sollte man verstärkt an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, auch in den Ländern, denken, sowie an die kulturelle Betreuung, nicht zuletzt an die Erforschung und Pflege des kulturellen Erbes, wohl wissend, dass es sich um ein Kulturerbe handelt, das sowohl deutsche Wurzeln als auch eine Verortung in Osteuropa, Zentralasien und Sibirien hat.

Als Teil der Zivilgesellschaften Russlands, der Ukraine, Kasachstans und Kirgisiens können die dort lebenden Russlanddeutschen wertvolle Dienste bei der Verständigung zwischen der dortigen Bevölkerung und Europa leisten. In Osteuropa glaubt man den Worten eines einfachen Mannes, einer einfachen Frau oft eher als Politikern. Diese Kontakte sind direkter, Aussagen können überprüft werden. Sie bilden die Grundstimmung, der auch Belastungen der Beziehungen, selbst Kriege überdauern kann.

Bei der Konzipierung weiterer Maßnahmen wäre meiner Meinung nach verstärkt darauf zu achten, dass erstens die Sorge um die weitere Entwicklung der Deutschen in Russland, Kasachstan und anderen GUS-Republiken vor allem in die Verantwortung der dortigen Regierungen fällt, denn es handelt sich um Staatsbürger dieser Länder. Und wenn es ihnen gut geht, geht es den Ländern insgesamt gut. Die wirtschaftliche Entwicklung Russlands und Kasachstans bietet zunehmend Ressourcen für die Auslagen, für den Ausbau der Infrastruktur und für Investitionen in die Wirtschaft, Bildung und andere Bereiche. Es muss nicht alles ausschließlich aus Deutschland finanziert werden.

Bilaterale Vereinbarungen, die im Rahmen der Regierungskommission getroffen wurden, sollten von beiden Seiten umgesetzt werden. In-

nerstaatliche Rechtsakte, Dekrete, Regierungsbeschlüsse und Programme sollten in diesen Ländern aber auch umgesetzt werden. Auch darauf sollte man verstärkt achten. Hilfe der Bundesregierung sollte meiner Meinung nach ergänzend zu den Maßnahmen der Regierungen der GUS-Republiken, und da vor allem im humanitären, sozialen, kulturellen und Bildungsbereich eingesetzt werden. Die russlanddeutschen Vereine, die Projekte der Regierungskommissionen durchführen, sollten eine kontinuierliche Grundfinanzierung bekommen, um auch entsprechend qualifizierte Mitarbeiter einsetzen zu können. Von-Fall-zu-Fall-Finanzierung – hier ein Projekt, dort ein Projekt – ist keine gute Lösung, schon gar nicht auf die Dauer.

Diese Empfehlungen richten sich in Anbetracht der Reglementierung der Tätigkeit ausländischer Organisationen in Russland vor allem an die russische Regierung. Auch dieses muss deutlich sein. Bei den zum Teil recht restriktiven Regelungen, die für die Tätigkeit ausländischer Vereine in Russland bereits angewendet werden, wäre es einfach leichtfertig, hier eine Einbahnstraße weiterhin zu fahren. (Auszug)